



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 4. März 2024
(OR. en)

7163/24

ECOFIN 260
UEM 52
SOC 163
EMPL 91

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat

Betr.: Soziale Investitionen und Reformen für resiliente Volkswirtschaften -
Investitionen in Menschen, um die Produktivität und die
Wachstumsaussichten zu verbessern

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Vermerk des Vorsitzes im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 12. März 2024 mit dem Titel „Sozialinvestitionen und Reformen für resiliente Volkswirtschaften“, zu der auch die für Beschäftigung und Soziales zuständigen Ministerinnen und Minister für Beschäftigung eingeladen sind.

SOZIALE INVESTITIONEN UND REFORMEN FÜR RESILIENTE
VOLKSWIRTSCHAFTEN

- Investitionen in Menschen, um die Produktivität und die Wachstumsaussichten zu verbessern -

Sozio-ökonomisches Umfeld

Die EU steht vor einer erheblichen Herausforderung im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit, bei der es nicht nur um unsere Leistung im globalen Wettbewerb sondern auch um die Stärkung unseres Binnenmarktes geht. Wengleich die Produktivität die wichtigste Triebkraft für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum ist, stagnierte das durchschnittliche Produktivitätswachstum in der EU in den letzten zehn Jahren, während weiterhin Herausforderungen in Bezug auf die Lebenshaltungskosten bestehen¹. Nach der wirtschaftlichen Erholung im Anschluss an die COVID-19-Krise, war das Wirtschaftswachstum 2023 gebremst, und die Wirtschaft der EU begann das Jahr 2024 schwächer als erwartet. Der EU-Arbeitsmarkt ist jedoch nach wie vor stark, und die Beschäftigungsquote erreichte 2023 mit 75,4% ein Allzeithoch.

Trotz dieser insgesamt positiven Ergebnisse sind die Arbeitsmärkte mit einem historisch hohen Mangel an Arbeits- und Fachkräften konfrontiert. Dieser Mangel behindert die Entfaltung der Produktivität und des Wachstumspotenzials sowie den grünen und den digitalen Wandel der Wirtschaft. Es sind Reformen und Investitionen erforderlich, um sicherzustellen, dass der Mangel an Arbeits- und Fachkräften und das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage während des gesamten Übergangs zu einer digitalen und CO₂-neutralen EU-Wirtschaft angemessen angegangen werden².

¹ Siehe Jahresbericht 2024 über das nachhaltige Wachstum.

² Gemeinsamer Beschäftigungsbericht 2024.

Die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit hat für den belgischen Ratsvorsitz oberste Priorität, und sie wird wahrscheinlich einen zentralen Schwerpunkt der nächsten strategischen Agenda bilden. Der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel wirkt sich negativ auf die Produktivität aus und beeinträchtigt somit die Wettbewerbsfähigkeit und die künftigen Wachstumsaussichten Europas. Der grüne und der digitale Wandel der EU-Wirtschaft führt zu einem ganz erheblichen Weiterbildungs- und Umschulungsbedarf sowie zu Herausforderungen für die Arbeitskräfte im Hinblick auf hochwertige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, damit sie für den Arbeitsmarkt der Zukunft gerüstet bleiben. Anhaltende Ungleichheiten und territoriale Unterschiede – auch in Bezug auf den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, hochwertige Bildung und Kompetenzentwicklung – hindern jedoch nach wie vor bestimmte Bevölkerungsgruppen daran, ihr volles Potenzial zu entfalten. Gleichzeitig dürfte die rasch alternde Bevölkerung Europas in den kommenden Jahren zu einem deutlich Arbeitskräfterrückgang führen, was sich auch negativ auf das Arbeitskräfte- und Qualifikationsangebot auswirken wird, während die EU bei der Gewinnung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus Drittländern im Rückstand gegenüber anderen geografischen Gebieten ist. All dies erfordert innovative Ansätze für politische Maßnahmen, mit denen Investitionen in Menschen als ein wichtiger Wert für Europa anerkannt werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 28. November 2023 die [Stellungnahme](#)³ des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zum Mehrwert von sozialen Investitionen und zur Rolle des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) bei der Steuerung des Europäischen Semesters gebilligt. Soziale Investitionen sind definiert als öffentliche Ausgaben im Zusammenhang mit Investitionen und Reformen⁴, die sich über die Verfolgung sozialer Ziele hinaus durch ihre Auswirkungen auf das Humankapital und die Produktivität, unter anderem durch eine stärkere Innovationskapazität und die Übernahme neuer Technologien, und/oder das Arbeitskräfteangebot⁵ in Form von Wirtschaftswachstum rentieren dürften. Soziale Investitionen umfassen also

- **lebenslanges Lernen sowie Weiterbildung und Umschulung** der erwachsenen Bevölkerung, die zu einer besseren Abstimmung von Qualifikationsnachfrage und -angebot beitragen – mit positiven Auswirkungen auf die Integration in den Arbeitsmarkt und das Wachstumspotenzial;

³ Dok. 15418/2/23.

⁴ Im Bereich der Qualifikations-, Beschäftigungs- und Inklusionspolitik.

⁵ Die Einstufung der Sozialausgaben als Investitionen geschieht daher auf der Grundlage ihrer Wachstumswirkung, die Gegenstand dieses Vermerks ist. Ziel ist es dabei, diejenigen sozialen Maßnahmen zu bestimmen, die direkt zum Wirtschaftswachstum beitragen. Das bedeutet nicht, dass andere Arten von Ausgaben weniger wertvoll sind.

- **Bildung**, insbesondere eine **hochwertige und erschwingliche frühkindliche Bildung und Erziehung**, die dazu beiträgt, eine solide Grundlage für das spätere Lernen für alle Kinder zu schaffen und gleichzeitig die Teilhabe ihrer Eltern am Arbeitsmarkt zu erleichtern, insbesondere durch die Förderung der Beschäftigung von Frauen;
- **aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt sowie die Vermittlung von passenden und hochwertigen Arbeitsplätzen erleichtern und Arbeitsplatzübergänge unterstützen (indem strukturelle Anpassungen der Wirtschaft vereinfacht werden) und somit inklusives und nachhaltiges Wachstum fördern;
- politische Maßnahmen zur Prävention von arbeitsbedingten Erkrankungen und zur **Integration von Menschen mit Behinderungen und/oder Arbeitnehmern nach einer Erkrankung in den Arbeitsmarkt**;
- Reformen zur **Verringerung der Arbeitsmarktsegmentierung** und Reformen der **Steuer- und Sozialleistungssysteme**, um Anreize für die Erwerbsbeteiligung und für hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Messung der wirtschaftlichen Erträge sozialer Reformen und Investitionen

Während das Potenzial bestimmter sozialer Reformen und Investitionen für das Wirtschaftswachstum anerkannt wird, muss noch besser untersucht werden, wie diese Erträge am besten zu bewerten sind, was von ihrer konkreten Ausgestaltung und dem Kontext ihrer Umsetzung abhängt. Für die Quantifizierung dieser Erträge sind solide Analyseinstrumente, Verwaltungsdaten und robuste Methoden (wie Ex-ante- und Ex-post-Analysen, kontrafaktische Folgenabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen) erforderlich, wobei die Mitgliedstaaten derzeit nicht immer über die Verwaltungskapazitäten zu ihrer Durchführung verfügen. **Geeignete Überwachungs- und Bewertungssysteme sowie detaillierte, belastbare und zugängliche Daten sind äußerst wichtig, um die Effizienz und die Wirksamkeit sozialer Reformen und Investitionen zu beobachten.**

Auch um den Austausch bewährter Verfahren und gegenseitiges Lernen zu fördern, haben Belgien und Spanien, die zwischen Juli 2023 und Juni 2024 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne haben, eine informelle Arbeitsgruppe „Sozialinvestitionen“ (IWGSI) eingesetzt, die darauf abstellt, das gemeinsame Verständnis der Auswirkungen sozialer Reformen und Investitionen auf das Wirtschaftswachstum und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern⁶.

In dieser Arbeitsgruppe wurden zwei Schwerpunktbereiche behandelt:

- Im ersten Schwerpunktbereich ging es um den empirischen Nachweis der mikro- und makroökonomischen Erträge sozialer Reformen und Investitionen. Hier konzentrierte sich die IWGSI auf aktive arbeitspolitische Maßnahmen, die frühkindliche Bildung und Erziehung und die Erbringung von Dienstleistungen.
- Im zweiten Schwerpunktbereich standen die Effizienz und Wirksamkeit dieser politischen Maßnahmen im Mittelpunkt. In den Beratungen ging es insbesondere um die Nutzung und die Verfügbarkeit von Folgenabschätzungsinstrumenten, die statistischen Kapazitäten sowie um Daten-Governance und -verfügbarkeit.

Relevanz für das Europäische Semester

Nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Finanzstabilität und solide öffentliche Finanzen stehen im Mittelpunkt des Europäischen Semesters. Zu den wichtigsten Zielen der EU zählt die Senkung der Schuldenquoten und Defizite auf ein dem Vorsichtsgebot entsprechendes Niveau, wobei die beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele, die Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit sowie die Aufwärtskonvergenz gebührend zu berücksichtigen sind. **Eine gute Ausgestaltung und ein gutes Verständnis der möglichen Auswirkungen sozialer Reformen und Investitionen auf das Wirtschaftswachstum, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die soziale Gerechtigkeit sind daher äußerst wichtig, um die künftige Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf integrierte Weise zu gestalten und die öffentlichen Mittel optimal zu nutzen und so die Produktionskapazität unserer Volkswirtschaften zu verbessern.**

⁶ Letztlich haben sich Vertreter aller EU-Länder zusammen mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und der europäischen Sozialpartner an den Beratungen der IWGSI beteiligt. Die Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses und Ausschusses für Sozialschutz wurden von Anfang an zu den Beratungen eingeladen, während der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses und der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftspolitik ab Dezember 2023 eingeladen wurden. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Beratungen der IWGSI ist hier zu finden: <https://employment.belgium.be/en/joint-meeting-ecofin-and-epsco-ministers>.

Fragen an die Ministerinnen und Minister:

1. Wie sehen Sie die positiven Auswirkungen sozialer Reformen und Investitionen auf das Wirtschaftswachstum und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen? Welche aktuellen Beschäftigungs- und Sozialreformen haben in Ihrem Mitgliedstaat nachweislich zu einem höheren Wachstumspotenzial beigetragen?
 2. Wie kann die Zusammenarbeit zwischen der Ratsformation „Wirtschaft und Finanzen“ und der Ratsformation „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ weiter verbessert werden, damit die Auswirkungen sozialer Investitionen und Reformen auf das Wirtschaftswachstum, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und den sozialen Zusammenhalt im Kontext des Europäischen Semesters besser bewertet werden können?
-